

1 Antrag IA 1

2

3 Antragsteller: Landesvorstand

4

5 **Kommunalfreundliche Politik ist bürgerfeindliche Politik -**
6 **15 Jahre schwarz-gelb-grünen Kahlschlag bei den Kommunen**
7 **endlich beenden**

8 Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich in den Kommunen. Hier liegen die Hebel,
9 mit denen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen bewältigt
10 werden können. In den Kommunen werden Entscheidungen des Landes, des Bundes
11 und Europa konkret. Hier betreffen sie die Menschen. Hier erhält das Recht der Selbst-
12 verwaltung eine lokale Identität.

13 Diesem subsidiären öffentlichen Auftrag und der Pflicht zur Daseinsvorsorge muss al-
14 lerdings eine angemessene Finanzausstattung und zielgerichtete Mittelverwendung
15 vor Ort gegenüber stehen. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen steht und fällt mit
16 den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen besonders von der Landesebene vor-
17 gegeben werden. Die Landesregierungen der letzten 15 Jahre haben jedoch die finan-
18 ziellen Rahmenbedingungen für eine gesunde Entwicklung der hessischen Kommunen
19 zerstört.

20

21 **I. Die hessischen Kreise, Städte und Dörfer werden systematisch kaputt gespart**

22

23 Kommunal- und damit bürgerfeindliche Politik hat sich als zentrales Markenzeichen
24 der CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 herauskristallisiert. Das Land lässt die
25 Kommunen im Stich und verweigert ihnen die aufgabengerechte Finanzausstattung,
26 die von der Verfassung verlangt wird:

27

28 Die hessische CDU hat mit ihrer Kürzungspolitik im Rahmen der „Aktion düstere Zu-
29 kunft“ bereits im Jahr 2003 und für die Zeit seitdem soziale Infrastruktur zerschlagen
30 und die Folgekosten den Kommunen aufgebürdet.

31

32 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit 2011 den hessischen Kommunen durch den
33 Griff in den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) jedes Jahr rund 350 Mio. Euro entzo-
34 gen.

35

36 Mit dem „Schutzschirm“ wurde 2013 ein so genanntes Hilfsprogramm aufgelegt, mit
37 dem allerdings nur einigen notleidenden Kommunen lediglich ein Bruchteil der zuvor
38 entzogenen Mittel zurückgegeben und gleichzeitig durch massive Auflagen in die
39 kommunale Selbstverwaltung eingegriffen wurde. So wurden den Städten, Gemeinden
40 und Landkreisen seit dem Amtsantritt von Roland Koch weit über 2 Milliarden Euro di-
41 rekt oder über den Kommunalen Finanzausgleich entzogen. Geld, das den Kommunen
42 fehlt.

43

44 Die hessischen Kommunen hatten 2013 infolge der jahrelangen Sparpolitik im Ver-
45 gleich der Flächenländer mit 1,1 Mrd. Euro die höchsten Fehlbeträge aufzuweisen, wäh-
46 rend die Kommunen in den meisten anderen Bundesländern und ihrer Gesamtheit so-
47 gar Überschüsse erwirtschaftet konnten. Aufgrund der jahrelangen Unterfinanzierung

48 der hessischen Kommunen haben die Städte, Gemeinden und Dörfer in Hessen inzwi-
49 schen auch bundesweit mit 3.010 Euro die höchsten Schulden pro Kopf angehäuft.

50

51 Der Hessische Staatsgerichtshof hat 2013 die von der Landesregierung 2010 vorge-
52 nommene und ab 2011 geltende, nicht am realen Finanzbedarf der Kommunen orien-
53 tierte Veränderung der Steuerverbundmasse als verfassungswidrig eingestuft. Den-
54 noch hat der hessische CDU-Finanzminister im Sommer 2014 ein Modell für den Kom-
55 munalen Finanzausgleich (KFA) vorgestellt, das diese Unterfinanzierung der Kommu-
56 nen nunmehr dauerhaft festschreiben soll. Indem das Land die Aufwendungen der
57 Kommunen für die Pflichtausgaben nicht vollständig anerkennt, wird der Finanzbedarf
58 der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise um diese Summe herunter gerech-
59 net.

60 Schwarz-Grün hat mit dem neuen KFA die größte Steuererhöhungssorgie aller Zeiten
61 vorbereitet: der ermittelte kommunale Bedarf wird nur zu 90 Prozent vom Land den
62 Kommunen gewährt. Dadurch kommt es zu einer Unterfinanzierung von rund 1 Mrd.
63 Euro. Da die Kommunen dieses Geld nicht vom Land bekommen, ist der KFA die Auffor-
64 derung der Landesregierung an die Kommunen, die Gebührenschaube in bisher nicht
65 gekanntem Ausmaß anzuziehen.

66 Mit ihrer bezeichnend „Herbsterlass“ genannten Direktive hat die Landesregierung am
67 Rosenmontag 2014 den autonomen Entscheidungsspielraum der Kommunen weiter
68 eingeschränkt und knüpft die Genehmigung kommunaler Haushalte vielerorts an Steu-
69 ererhöhungen, eine Steigerung der Gebühren und die Einführung neuer Steuern und
70 Gebühren.

71 Mit dem am 31.10.2014 von Innenminister Peter Beuth angekündigten Finanzplanungs-
72 erlass für die hessischen Kommunen zeichnet sich jetzt die nächste Steigerung
73 schwarz-grüner Kommunalfeindlichkeit ab.

74

75 Mit der am 05.11.2014 angekündigten „Solidaritätszulage“ soll schließlich der Mangel
76 umverteilt und sollen die hessischen Kommunen gegeneinander ausgespielt werden.

77

78 Die Landesregierung betreibt damit eine Politik der Aushöhlung der kommunalen
79 Selbstverwaltung und Entmachtung der demokratisch grundgesetzlich legitimierten
80 Gemeindevertretungen und Kreistage

81

82

83 **II. Kommunalfeindliche Politik ist bürgerfeindliche Politik**

84

85 Die CDU-geführte Landesregierung will den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen
86 und ihrer Bürgerinnen und Bürger sanieren. Das Land nutzt die Landesbeschäftigten
87 und die Städte und Gemeinden als Konsolidierungsbeitrag zur Einhaltung der Schul-
88 denbremse.

89

90 KFA heißt so auch „Kommunen unterfinanziert und abgehängt.“ Notleidende Kommu-
91 nen werden dazu gezwungen, für viele Menschen wichtige Einrichtungen, z.B. kom-
92 munale Schwimmbäder zu schließen. Vereinsförderung und ehrenamtliches Engage-
93 ment leiden massiv unter den radikalen Sparmaßnahmen. Kommunale Einrichtungen
94 wie z. B. Dorfgemeinschaftshäuser sind in ihrem Bestand bedroht. Etliche Kommunen
95 werden von der Landesregierung gezwungen, Kosten, etwa für Kinderbetreuung, Was-
96 ser, Abwasser, Abfall und Straßenreinigung sowie die Einführung von Straßenbeiträgen

97 und die zunehmenden Belastungen an die Bürgerinnen und Bürger voll umfänglich
98 weiterzugeben.
99

100 Vor Ort bedeutet dies vielfach: Rauf mit den Hebesätzen und den Gebühren, Grund-
101 und Gewerbesteuern; kein Straßenausbau mehr ohne finanzielle Beteiligung der Bür-
102 gerinnen und Bürger - mancherorts für die Bürgerinnen und Bürger in kaum leistbarer
103 Höhe mit bis zu fünfstelligen Beträgen. Für manche Kommunen bedeutet dies schon
104 2015 eine Erhöhung der Grundsteuer B um 50 Prozent.
105

106 Wo der Aufbau und Erhalt einer zukunftsfähigen sozialen Infrastruktur und Daseins-
107 vorsorge zu wegekürzbaren Leistung einer Kommune erklärt wird, ist der soziale Zu-
108 sammenhalt und die Integrationsfähigkeit vor Ort akut gefährdet.
109

110 III. Die SPD steht für gerechte und zukunftsorientierte Finanzierung öffentlicher Auf- 111 gaben statt Kahlschlag bei den Kommunalfinanzen 112

113 Die CDU Hessen verfügt über keinerlei Konzept für eine nachhaltige Finanzpolitik. Die
114 Verschuldung des Landes wurde im Zeitraum von 1999 bis heute trotz einer Politik des
115 sozialen und kommunalen Kahlschlags federführend von der Hessen-CDU in die
116 schwindelerregende Höhe von über 43 Milliarden Euro getrieben und damit in nur 15
117 Jahren fast verdoppelt.
118

119 Dabei wird deutlich: Die kommunal- und bürgerfeindliche Sparpolitik der CDU-
120 geführten schwarz-gelben und jetzt schwarz-grünen Landesregierungen rechnet sich
121 nicht. Finanzieller Kahlschlag bei kommunalen Bildungs-, Integrations- und sozialen
122 Hilfsangeboten oder der Vereinsförderung erbringt allenfalls kurzfristig Spielräume. Sie
123 führen langfristig zu neuen sozialen Problemen, weniger Integration, verschärftem
124 Fachkräftemangel und führen in letzter Konsequenz somit auch zu sinkenden Einnah-
125 men. Wer bei notwendigen Investitionen spart, kann langfristig nicht erfolgreich wirt-
126 schaften.
127

128 Die HessenSPD steht für Investitionen in Bildung, Integration und in die soziale Infra-
129 struktur: Nur dadurch bewahren wir Menschen vor der Arbeitslosigkeit und sozialer
130 Isolation. Nur so stellen wir sicher, dass die regionalen Unternehmen vor Ort qualifi-
131 zierte Arbeitskräfte finden. Aber auch aus finanzieller Sicht haben wir ein Interesse,
132 dass aus vorsorgenden Kommunen nicht ausschließlich versorgende Kommunen wer-
133 den müssen. Damit bleiben die Kommunen als lebenswerter Wohnort für Familien und
134 qualifizierte Menschen attraktiv. Sie sind der Nährboden für wirtschaftliches Wachs-
135 tum.
136

137 Die hessische SPD wird sich deshalb weiterhin für eine angemessene Finanzausstat-
138 tung der Länder und Kommunen und eine differenzierte, investitionsfördernde Finanz-
139 politik auf allen staatlichen Ebenen einsetzen, um Bildung, Familie, Infrastruktur und
140 die Förderung benachteiligter Menschen auskömmlich finanzieren zu können. Wir sind
141 überzeugt davon, dass dies ohne ein weiteres Anwachsen des von der CDU angehäu-
142 ften Schuldenbergs möglich ist. Dafür ist langfristig eine angemessenere Beteiligung
143 von Vermögenden und Spitzenverdienern an der Finanzierung unseres Gemeinwesens
144 unerlässlich.

145 Wir fordern die verantwortlichen hessischen Landespolitiker auf, die einseitig zu Lasten
146 der Kommunen gehenden Sparmaßnahmen des Landes zu beenden sowie die bereits
147 erfolgte Rechtsprechung unverzüglich umzusetzen. Die hessischen Landkreise, Städte

148 und Gemeinden sind mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, um ein weite-
149 res Erhöhen von Gewerbe- und Bürgersteuern, Kindergartengebühren und Umlagen zu
150 verhindern.

151 Konkret bedeutet dies:

152 1. Zur Herstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen erwarten wir, dass nach dem
153 Urteil des Staatsgerichtshofs die Kommunen eine auch tatsächlich an ihren Aufgaben
154 orientierte Finanzausstattung erhalten. Dazu ist auch eine umfassende Reform des
155 kommunalen Finanzausgleichs notwendig. Das von der Landesregierung vorgelegte
156 Modell leistet dies nicht. Sie dienen lediglich der Festschreibung der von ihr in den Vor-
157 jahren vorgenommenen Einschnitte.

158 2. Vor dem Hintergrund des Urteils des Staatsgerichtshofs erwarten wir, dass die Kür-
159 zungen im kommunalen Finanzausgleich bereits für 2014 zurückgenommen werden
160 und die Summe der Schlüsselzuweisungen wieder um 350 Mio. Euro pro Jahr erhöht
161 werden.

162 3. Weiterhin ist die sogenannte Kompensationsumlage, die ebenfalls in der bisherigen
163 Form verfassungswidrig ist, sofort auszusetzen.

164 4. Für den Ausbau der Kinderbetreuung müssen die Gemeinden durch das Land eine
165 vernünftige Finanzausstattung erhalten, die insbesondere den Betriebskosten für die
166 Betreuung im Bereich U3 gerecht wird. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich
167 nicht auf die Weiterleitung von Bundesmitteln zu beschränken, sondern den Anteil des
168 Landes an der Finanzierung der U3-Betreuung deutlich zu erhöhen.

169 5. Die Kommunen müssen stärker als bisher Einnahmen erwirtschaften können. Darun-
170 ter fällt aus unserer Sicht die Erweiterung des gesetzlichen Rahmens, in dem die Kom-
171 munen sich optimal im Bereich der Daseinsvorsorge wirtschaftlich betätigen können.
172 Die aktuelle Gemeindeordnungs-Novelle der schwarz-grünen Landtagsmehrheit reicht
173 dazu nicht aus.

174 6. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die zurückliegenden rechtswidrigen Ent-
175 züge aus dem kommunalen Finanzausgleich wieder in die kommunale Finanzausstat-
176 tung zu überführen. Statt die Menschen mit Herbstlöhnen aus dem Innenministerium
177 immer stärker zur Kasse zu bitten, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen, muss eine
178 kooperativen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen wieder hergestellt werden.

179

180

181 **IV. Klare Kante gegen kommunalen Kahlschlag – Scharz-Grün bei der Kommunalwahl**
182 **2016 die rote Karte zeigen**

183

184 Die SPD stellt von allen Parteien in Hessen die meisten Bürgermeister, Landräte und
185 Oberbürgermeister und tausende von ehrenamtlichen Gemeindevertretern, Stadtver-
186 ordneten und Kreistagsabgeordneten. Sie ist die Kommunalpartei in Hessen und die
187 Anwältin der hessischen Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

188 Wir fordern die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung zu stützen.
189 Wir werden nicht hinnehmen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für eine ver-
190 fehlte Finanzpolitik der Hessen-CDU zahlen müssen.

191 Die HessenSPD fordert eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden und
192 die Rücknahme der jährlichen Kürzung von 350 Mio. € aus dem Kommunalen Finanz-
193 ausgleich. Auch bei Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Kommunen erwarten
194 wir, dass die entsprechenden Finanzmittel gewährt werden.

195 Die SPD-Kommunalpolitikerinnen und –politiker in Hessen wehren sich mit allen zu
196 Gebote stehenden Mitteln gegen den Herbstelass der schwarz-grünen Landesregie-
197 rung in Hessen und kämpfen für ein Ende des finanziellen Ausblutens der Kommunen.

198 Der SPD-Landesverband Hessen wird deshalb gemeinsam mit beiden Bezirken Pro-
199 testmaßnahmen gegen die verfehlte Spar- und Kürzungspolitik der Landesregierung
200 organisieren und Schwarz-Grün bei der Kommunalwahl für die die kommunal- und
201 bürgerfeindliche Politik der Landesregierung die rote Karte zeigen.